

KOMMENTAR

Schamlos

Birgit Emnet
zur alten Awo-Führung

wiesbaden-lokales@vrm.de

Während es Awo-Mitarbeiter im Pflegebereich gab, denen nicht mal 1000 Euro für die Einrichtung eines dringend benötigten Wäschereals genehmigt wurden, damit ihre Arbeitswege verkürzt würden und sie mehr Zeit für die eigentliche Pflege erhielten, haben die „Oberen“ in Wiesbaden und ebenso in Frankfurt sich selbst alle denkbaren Privilegien gegönnt. Jenseits der üppi-

Der Phantasie
schienen keine
Grenzen gesetzt

gen Vergütungen, der wie selbstverständlich genutzten Luxuskarossen und anderer Status-Spielzeuge wie teure Mobiltelefone, Tablets & Co., genehmigte man sich auf Awo-Kosten natürlich „Dienst“-Reisen und Arbeitsessen in Nobelrestaurants, Gutscheine, Prepaid-Karten mit einem Volumen von bis zu 10000 Euro und für die Gästlinge den ein oder anderen erklecklichen Zusatzverdienst. Der Phantasie schienen keine Grenzen gesetzt, was jetzt auch die neuesten Erkenntnisse über das von der Awo gesponserte Magenband für Hannelore Richter betrifft. Oder ihre unsolidarische Krankenkassenflucht. Auch die Rekonvaleszenz-Geschenke für die Familie Richter nebst Anhang in einem Berliner Luxushotel. Dass sie das damals auch so unverhohlen in sozialen Netzwerken posteten, dürfte ihnen jetzt auf die Füße fallen. Die Prahlerei wird zum Bumerang. Die Schamlosigkeit der Protagonisten dürfte die „normalen“ Mitarbeiter geradezu sprachlos machen – und auch wütend. Denn dass die beinahe 100-jährige Arbeiterwohlfahrt Wiesbaden jetzt um ihr Überleben kämpft und Unbescholtene Einbußen hinnehmen müssen, ist einzig und allein den Machenschaften der alten Führungselite um das Ehepaar Richter anzulasten.

CORONA-FALLZAHLEN

Die bekannten Fälle in der Stadt Wiesbaden		Infektionen seit Pandemiebeginn		13 000
Neuinfektionen	15	Todesfälle seit Pandemiebeginn	278	
Todesfälle seit Freitag	0	7-Tage-R	0,81	
Aktive Fälle (Freitag)	211 (222)	RKI-7-Tage-Inzidenz	30,5	

7-Tage-Inzidenz: Anzahl der Neuinfektionen je 100 000 Einwohner in den vergangenen sieben Tagen. 7-Tage-R: Die Reproduktionszahl gibt an, wie viele weitere Menschen eine infizierte Person im Schnitt ansteckt. Um kurzfristige Schwankungen auszugleichen, errechnet das Gesundheitsamt einen Durchschnitt der R-Werte der vergangenen sieben Tage. Die Stadt Wiesbaden veröffentlicht derzeit keine eigene 7-Tage-Inzidenz, da für die Corona-Maßnahmen des Bundes bekanntlich die RKI-Zahlen gelten.
Quelle: Stadt Wiesbaden, Bearbeitung: vrm, Stand: 13.06.2021

Parteitag: Willsch bekommt die wenigsten Stimmen

Ingmar Jung schneidet bei der Wahl der CDU-Landesliste in Gießen gut ab

WIESBADEN/RHEINGAU-TAUNUS (saki). Schluppe für den CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch: Auf dem Landesparteitag am Samstag in Gießen hat der 60-Jährige bei der Wahl der Landesliste der CDU Hessen zur Bundestagswahl am 26. September von allen Kandidaten die wenigsten Stimmen bekommen. 99 gültige Stimmzettel wurden abgegeben, der Vorsitzende des Kreisverbandes Rheingau-Taunus, der auf Platz 9 der Landesliste steht, erhielt 73 Stimmen. Der Wiesbadener Bundestagsabge-

ordnete und Parteivorsitzende Ingmar Jung (43) auf Listenplatz 12 schnitt mit 91 Stimmen dagegen gut ab. Willsch steht wegen seiner Nähe zur AfD, seiner schlagzeileträchtigen Corona-Geburtstagsparty Ende Februar und umstrittener Anzeigengeschäfte immer wieder in der Kritik, auch bei Parteifreunden. Seit 1998 hat er das Direktmandat für den Wahlkreis 178 fünf mal erlangt.

Auch Rechtsaußen Hans-Jürgen Irmer aus dem Lahn-Dill-Kreis erhielt nur 85 Stimmen beim Landesparteitag.

BLAULICHT

Wohnung brennt aus

WIESBADEN (red). Einen dramatischen Feuerwehreinsatz hat am Samstag der Wiesbadener Vorort Breckenheim erlebt, als am Nachmittag eine Wohnung in der Rieslingstraße vollständig ausbrannte. Vier Bewohner sowie fünf Feuerwehrleute wurden von Rauchgas leicht verletzt ins Krankenhaus gebracht. Mehrere Menschen mussten von der Feuerwehr über Leitern gerettet werden. Zwei Katzen und zwei Gekkos konnten nur noch tot geborgen werden. Eine weitere Katze sowie ein Vogel wurden gerettet. Neben der Brandwohnung sind auch zwei weitere Wohnungen in dem Haus unbewohnbar. Der Sachschaden

wird auf bis zu 500 000 Euro geschätzt.

Die Einsatzkräfte verletzten sich wegen der massiven Rauchentwicklung, die in der Anfangsphase von Windböen nach unten gedrückt wurde, berichtet die Feuerwehr. Wegen der Windböen und der massiven Rauchentwicklung, die sich im ganzen Ort ausgebreitet hat, warnte die zentrale Leitstelle die Bevölkerung über die Apps Nina und KatWarn.



QR-Code
scannen und
Videobeitrag
zum Thema
anschauen!

Eine Magen-OP für 11 200 Euro

2017 erstattete die Awo Wiesbaden ihrer Geschäftsführerin Hannelore Richter die Klinikkosten

Von Birgit Emnet
und André Domes

WIESBADEN. Nicht nur stattliche Gehälter und dicke Dienstwagen, teure Mobiltelefone und mit tausenden Euro aufgeladene Kreditkarten, auch die Gesundheit ihrer Spitzenkräfte ließ sich die Wiesbadener Arbeiterwohlfahrt (Awo) etwas kosten. Wie jetzt im Zusammenhang mit einem Prozess vor dem Wiesbadener Arbeitsgericht zur Sprache kam, hatte sich die damalige Geschäftsführerin Hannelore Richter im Januar 2017 die Rechnung für eine medizinische Behandlung von ihrem Arbeitgeber erstatten lassen. Konkret ging es um 11 200 Euro, die für eine Magenverkleinerung Richters anfielen und aus der Kasse des Wohlfahrtsverbands bezahlt wurden. In dem noch laufenden Arbeitsgerichtsprozess setzen sich der heutige Awo-Vorstand und die frühere Leiterin der Buchhaltung über die mittlerweile ausgesprochene Kündigung und mögliche Abfindungsansprüche auseinander.

16 Minuten vom Auftrag bis zur Überweisung

Nur einen Tag nach Eingang der Krankenhausrechnung „gegen Vorkasse“ bei Frau Richter war damals seitens des Kaufmännischen Direktors Murat Burcu die Anweisung an die Buchhaltung ergangen, den fünfstelligen Betrag über das Awo-Konto abzuwickeln. So wurde es in der mündlichen Verhandlung unter Berufung auf den E-Mail-Verkehr referiert. Intern wurden die 11 200 Euro auf nicht weniger als 17 Einzelbuchungen aufgeteilt und die Teilbeträge über Kostenstellen aller Geschäftsbereiche verbucht, darunter Kitas. Unter dem Kennwort „Sana“ – der Name der Klinik –, was die Awo-Seite vor Gericht zum Anlass nahm, die Absicht zu unterstellen, man wolle die Buchung „verstecken“.

Vom Auftrag an die Buchführungsabteilung bis zur Begleichung der Rechnung hat es laut Kontoauszügen und Mail-Protokollen gerade einmal 16 Minuten gedauert, referierte die heutige Awo-Führung vor Gericht. Und man wertete das als Beleg dafür, dass man es mit Prüfmechanismen nicht besonders genau nahm. Die Chef-Buchhalterin will sich wiederum in den 16 Minuten bei ihrem Vorgesetzten Burcu rückversichert haben. Darauf habe sie die Auskunft erhalten, dass zur Transaktion ein entsprechender Vorstandsbeschluss existiere, der



Auf 17 Einzelbuchungen wurden Klinikkosten für eine Magenoperation der Geschäftsführerin Hannelore Richter intern aufgeteilt. Ein übliches Vorgehen bei Mitarbeitern der Kreisgeschäftsstelle, sagt die damalige Leiterin der Buchhaltung. Archivfoto: Sascha Kopp

nachgereicht werde. Erteilt hätten diesen die seinerzeitigen Awo-Vorsitzenden Wolfgang Stasche und seine Stellvertreterin Elke Wansner. Dazu befragt, erklärt der Anwalt Stasches, Mathias Päßler, sein Mandant erinnere sich nicht an einen solchen Vorgang. „Einen Vorstandsbeschluss zur Übernahme einer Magen-OP der Geschäftsführerin hat es nicht gegeben“, so Päßler. Elke Wansner steht nach eigener Aussage nicht mehr für Auskünfte zur Awo Verfügung, weil sie dort „keine Funktion mehr innehat“. Tatsächlich wurde in beschlagnahmten Akten ein Schriftstück zur Kostenübernahme gefunden, das zwar die Unterschriften Wansners und Stasches trägt, jedoch nicht datiert ist, hieß es vor Gericht. Beschlussprotokolle oder Tagesordnungen zu diesem Thema sind nicht vorhanden, erklärte die aktuelle Awo-Führung.

Schon 2014 hatte Hannelore Richter ihre Krankenkassenkosten vor allem im Blick auf den Alter reduziert, indem sie mit einem Trick von der privaten in die gesetzliche Krankenkasse wechselte. Zum letztmöglichen Zeitpunkt, denn sie war 55 Jahre alt und somit an der Altersgrenze für einen letztmöglichen Wechsel. Der „Trick“: Das Gehalt musste unter der damaligen Versicherungspflichtgrenze sein, was es offiziell auch war, wie sogar die von der früheren Awo-Spitze beauftragte Media Kanzlei Frankfurt/Hamburg in einer Mail vom Oktober 2019

bestätigte. In einem Beschwerdeschreiben auf eine Berichtserstattung dieser Zeitung hieß es: „Unsere Mandantin hat im Übrigen 2014 auch keine 95 000 Euro aus Wiesbaden erhalten, sondern lediglich 51 200 Euro. Allein auf Grundlage dieser Summe hätte sie überhaupt erst in die gesetzliche Krankenkasse wechseln können. Mit dem von Ihnen behaupteten Betrag wäre dies nicht möglich gewesen.“

Die zitierten 95 000 Euro waren in einer Aufstellung des so-

genannten Mitarbeiterpools 2014 als Zahlung für Richter verzeichnet gewesen. Ebenso aufgeführt waren die 141 000 Euro aus Frankfurt, für die Hannelore Richter am 23. September 2014 unter ihrer Privatadresse eine Rechnung ausgestellt und direkt an den Kreisverband Frankfurt gerichtet hatte. Üblich war in den anderen Jahren, dass das Honorar für Richters Tätigkeit als Sonderbeauftragte in Frankfurt an den Kreisverband Wiesbaden ging, was sie

zur offiziellen Aussage veranlasste, sie erhalte das Geld aus Frankfurt ja nicht selbst. Das war 2014 anders, der „Umweg“ über den Kreisverband wurde nunmehr vermieden, das Honorar tauchte offiziell gar nicht auf. „Die staatsanwaltlichen Ermittlungen umfassen auch diesen Tatkomplex“, so der Frankfurter Oberstaatsanwalt Noah Krüger auf Anfrage.

Neujahrsfeier im Berliner Nobelhotel

Und noch ein weiterer Fall von „gesundheitsfördernden Maßnahmen“, wie es der stellvertretende Awo-Vorsitzende Betz nennt, ist im Zuge der internen Untersuchungen zutage getreten und wurde der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gegeben. Weil der Sohn des Ehepaars Richter, ebenfalls Awo-Angestellter, im Jahr 2017 erkrankt gewesen war, erhielt er sozusagen als Geschenk zur Genesung einen Gutschein im Wert von mehreren Tausend Euro, um den Jahreswechsel in einem Luxushotel in Berlin zu verbringen. Von ebenda, nämlich aus dem noblen Ritz-Carlton, grüßte dann auch an Silvester 2017 Jürgen Richter via Facebook mit Selfie und „Happy New Year from Berlin“. Wie der derzeitige Awo-Vorstand bestätigte, hatten auch die Eltern Hannelore und Jürgen Richter die Neujahrsausreise im Fünf-Sterne-Hotel zur Feier der Rekonvaleszenz ihres Sohnes von der Awo Wiesbaden gesponsert bekommen.



Ein mittlerweile gelöschter Neujahrsgruß von Jürgen Richter auf Facebook belegt den von der Awo bezahlten Aufenthalt im Berliner Nobelhotel Ritz-Carlton. Screenshot: VRM

„Entwarnung“ in den Kliniken

Das Besuchsverbot könnte im Laufe der Woche gelockert werden/Verschobene Eingriffe werden in allen Häusern nachgeholt

Von Eva Bender

WIESBADEN. Die Lage in den Wiesbadener Kliniken hat sich entspannt. Am Freitag seien im Stadtgebiet noch 14 Covid-Patienten auf Intensivstationen behandelt worden, berichtet Professor Ralf Kiesslich, Ärztlicher Direktor der Helios-Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken (HSK), die in der Pandemie als koordinierendes Haus für das gesamte Versorgungsgebiet bis Limburg fungieren.

Zehn der Betroffenen seien in der HSK, drei im St.-Josefs-Hospital und einer in der Asklepios-Paulinenklinik versorgt worden, so Kiesslich. 16 weitere Covid-Patienten lagen am Freitag auf Normalstationen. „Das zeigt eine deutliche Abnahme. Das ist schön“, erklärt

Kiesslich. Da es derzeit keine Hinweise darauf gebe, dass sich die Lage ändern könnte, könne man von „Entwarnung“ sprechen.

Die positive Entwicklung und die niedrigen Inzidenzen sollen sich in Wiesbaden und im Rheingau-Taunus-Kreis nun doch auf das geltende Besuchsverbot für Kliniken auswirken, bestätigt er. Bereits in dieser Woche wolle man im städtischen Verwaltungsstab und der AG Kliniken über Erleichterungen sprechen, „entscheiden, wie es weitergeht und es dann rasch umsetzen“.

Denkbar sei, dass dann jeder Patient täglich einen Besucher für eine Stunde empfangen dürfe, erklärt Kiesslich. „Dafür mache ich mich stark.“ Eine Minderheit in der AG Kliniken

spräche sich dafür aus, die Besuche erst später, etwa ab dem vierten Tag, zu erlauben. Das bedeute weniger Verwaltungsaufwand, weil viele Patienten nur kurz lägen. „Aber ich denke, jeder hat doch ein Anrecht auf Besuche.“ Am Ende werde man über die Frage gemeinsam entscheiden.

Lockerungen in den Kliniken nur mit der „Drei-G-Regel“

Klar sei bereits, dass bei erleichterten Klinikbesuchen die drei „G“'s gelten würden, erklärt Kiesslich. Das heißt, man muss vollständig geimpft, genesen oder tagesaktuell getestet sein. Ein Schnelltest sei zwar auch in der Klinik möglich, „um Wartezeiten zu vermeiden, wären wir aber dankbar,

wenn Besucher den Test schon vorher in einem Testzentrum machen“. Kontaktdaten müssten angegeben werden und es werde nach Symptomen gefragt. Zudem sei geplant, Besuche auf den Nachmittag zu beschränken. Auch für die Begleitung von Geburten wolle man „weitergefasste Lösungen als bisher“ finden, so der Arzt.

Wann diese Lockerungen greifen, könne er noch nicht sicher sagen, so Kiesslich. Aktuell gilt das Besuchsverbot durch eine Allgemeinverfügung der Stadt bis zum Sonntag, 20. Juni. Das Gesundheitsdezernat sagt aber auf Anfrage, es könnte schon vorher zur Öffnung kommen.

Noch vorletzte Woche hatten sich die Stadt und die Kliniken gegen eine vorzeitige Öffnung ausgesprochen. Wie berichtet,

begründeten sie das auch damit, dass eine vollständig geimpfte Person wegen einer Infektion mit der indischen Virusvariante (Delta) intensivmedizinisch betreut werden musste.

Man habe erst abwarten wollen, wie sich die Lage weiterentwickle, räumt Kiesslich ein. Inzwischen sei man sich aber sicher, dass man mit dem besagten Fall eine absolute Ausnahme – „den berühmten Einzelfall“ – erlebt habe. Denn in der Regel wirke die Impfung auch gegen die Delta-Variante.

Da immer weniger Covid-Patienten in Wiesbadens Kliniken behandelt würden, seien alle Krankenhäuser dabei, verschobene planbare Eingriffe abzuwickeln, sagt Kiesslich. An den HSK wolle man ab Juli in den Normalbetrieb zurückkehren.